

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses I vom 14. März 2022

INTERPELLATION*

- **Interpellation Nr. 23 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Plan für die Aufbau und Resilienzfazilität (ARF) der EU – mögliche Änderung der Finanzierung¹**

Der ARF-Plan, das Herzstück der NextGenerationEU, umfasst 672,5 Mrd. EUR, um Investitionen und Reformen in der gesamten EU zu unterstützen.

Die EU reagiert damit auf die COVID-19-Krise und geht damit europaweite Herausforderungen an, indem sie sich zum dualen ökologischen und digitalen Übergang verpflichtet. Außerdem will die EU die wirtschaftliche und soziale Resilienz und den Zusammenhalt des Binnenmarkts stärken.

Am 23. Juni 2021 hat die Europäische Kommission (EK) eine positive Bewertung des belgischen Konjunktur- und Resilienzplans angenommen. Im Rahmen des Plans für Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) stehen Belgien EU-Finanzhilfen in Höhe von 5,9 Mrd. EUR in Aussicht.

Die EU-Kommission hat den belgischen Plan anhand der in der ARF-Verordnung festgelegten Kriterien geprüft. In ihrer Analyse untersuchte sie insbesondere, ob die im belgischen Plan vorgesehenen Investitionen und Reformen den „grünen“ und digitalen Übergang unterstützen, zur wirksamen Bewältigung der im Europäischen Semester ermittelten Herausforderungen beitragen und das Wachstumspotenzial, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit (Resilienz) stärken.

Der Finanzbetrag der Mitgliedstaaten im ARF-Plan wird gemäß der EU-Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität² festgelegt:

Dabei werden 70% des Anteils für Belgien – vereinfacht ausgedrückt - auf der Grundlage der Wachstumskriterien des Pro-Kopf-Brutto-Inland-Produkts und der Arbeitslosenquote für 2019 bestimmt.

* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Frau Creutz-Vilvoye hinterlegten Originalfassung.

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_481
https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_de

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0241&from=DE>

Dieser Betrag ist festgelegt und wird nicht verändert.

Der Belgien für diesen Anteil zugewiesene Betrag beläuft sich auf 3,646 Mrd. EUR.

Die übrigen 30% werden erst am 30. Juni 2022 endgültig festgelegt, dabei werden ursprüngliche Schätzungen durch reale Ergebnisse des BIP im Zeitraum 2020-2021 ersetzt.

Genau das wirft Fragen auf.

Ursprünglich schätzte die Kommission diesen Betrag auf 2,279 Mrd. EUR.

Doch angesichts der besonders guten Wachstums- und Arbeitslosenzahlen Belgiens im Zeitraum 2020-2021 im Vergleich zu seinen Nachbarn scheint es jedoch, dass der Betrag nach unten korrigiert werden muss.

Erste Schätzungen der Belgischen Nationalbank von September 2021 besagen : « *la Belgique pourrait recevoir 750 millions d'euros de moins que prévu actuellement, les performances économiques de la Belgique ayant récemment été meilleures que celles d'autres États membres de l'UE* »³.

Im Dezember 2021 schien es, dass dieser Betrag noch weiter nach unten korrigiert werden müsste. Die Staatssekretärin für Haushaltspolitik, Eva De Bleeker, erklärte der Presse gegenüber, dass der belgische Finanzrahmen von 5,9 Milliarden Euro auf 4,55 Milliarden Euro reduziert werden müsse - ein Rückgang um etwa 1,35 Milliarden Euro.

Frau De Bleeker fügte allerdings hinzu, dass sich die Einschätzung dieser Berechnung durchaus noch ändern könne.⁴

Belgien hat der Europäischen Union einen Gesamtplan vorgelegt, der aus einer Aufstellung verschiedener Maßnahmen besteht, die von den verschiedenen Gliedstaaten des Landes befürwortet werden.

So hatten sich die Partner auf folgende Verteilung der ursprünglich geschätzten 5,95 Milliarden verständigt:

- 1,25 Mrd. EUR für den Föderalstaat;
- 2,25 Mrd. EUR für Flandern;
- 1,48 Mrd. EUR für die Wallonie;
- 495 Mio. EUR für die Föderation Wallonie-Brüssel (FWB);
- 395 Mio. EUR für die Region Brüssel-Hauptstadt;
- 50 Mio. EUR für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die Revision des Gesamtbetrags des belgischen Anteils am ARF-Plan könnte also eine Anpassung des für jeden Partner vorgesehenen Betrages nach sich ziehen.

Die Hypothese der linearen Minderung der Beträge erscheint zum jetzigen Zeitpunkt zumindest plausibel. Aber wird das wirklich der Fall sein?

³ <https://www.nbb.be/fr/articles/le-budget-de-lunion-europeenne-et-le-plan-de-relance-next-generation-eu-vont-ils-changer-la>

⁴ "Sur la base des estimations d'automne 2020 de notre croissance, par la Commission européenne, nous avons évalué que les différents niveaux de pouvoir en Belgique pourraient compter tous ensemble sur 5,9 milliards. Sur la base des prévisions plus positives, dans les estimations d'automne de la Commission de cette année, le SPF Stratégie et Appui a calculé que ce montant pourrait baisser de 1,35 milliard. ».<https://www.lalibre.be/economie/conjoncture/2021/12/07/le-financement-europeen-accorde-a-la-belgique-dans-le-cadre-du-plan-de-relance-rabote-de-14-milliard-deuros-3JMEXI4JJB5BC7ICBYFFPBZ4U/>

Der wallonische Ministerpräsident Elio Di Rupo hatte am 14. Februar 2022 darauf hingewiesen, dass die Region 350 Millionen der von der EU erwarteten 1,5 Milliarden Euro verlieren könnte. Ein Verlust, den die Wallonie durch eine "Solidaritätsanstrengung" des Föderalstaates ausgleichen sollte, meinte er.⁵

Am 21. Februar befragt André Antoine (cdH) im Parlamentsausschuss der Fédération-Wallonie-Bruxelles Ministerpräsident Pierre-Yves Jeholet zum Ausmaß der erwarteten Minderung.

Jeholet gab zu, dass er momentan eher mit einer Minderung von 25% als mit einer von 15% rechne - ohne allerdings einen bestimmten Betrag zu nennen.

Jeholet erklärte ferner, dass diese Planung des europäischen Finanzrahmens sicherlich dazu führen würde, dass die Fédération-Wallonie-Bruxelles die Ausgaben für ihre Projekte nach unten korrigieren müsse. Im Gegensatz zu Elio Di Rupo glaube er nicht an eine Geste anderer Gliedstaaten. Hier müsse wohl jeder Gliedstaat eigene Anstrengungen machen, so Jeholet.

Auf Antoines Frage, ob die Fédération-Wallonie-Bruxelles das Geld möglicherweise leihen könne, um ursprünglichen Ansprüchen gerecht zu werden, wies Pierre-Yves Jeholet auf die bereits gefährlich wachsende Verschuldung hin und schloss neue Kredite aus. Anleihen müssten eines Tages zurückgezahlt werden, so Jeholet abschließend.

Die für 2022 vorliegenden Wachstumszahlen für Belgien sind wesentlich ungünstiger als die für den Zeitraum 2020-2021 angekündigten.

Folgt man den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission, belegt Belgien den letzten Platz des EU-Rankings zu den Wachstumsaussichten der Jahre 2021-2022-2023⁶.

Dazu meine Fragen:

1. *Inwiefern ist diese Diskussion auf Ebene des Ministerrates oder auf anderer Ebene zwischen den Betroffenen besprochen worden? Wie ernst ist die Lage?*
2. *Wie positioniert sich die DG in dieser Diskussion?*
3. *Gibt es ggf. Lösungsansätze und wie sehen diese aus?*
4. *Wie hoch werden mögliche Verluste für die DG eingeschätzt?*
5. *Wie gleicht die DG diese möglichen Verluste aus? Sind hierfür Reserven vorgesehen?*
6. *Welche Projekte werden ggf. verschoben oder gar gestrichen werden müssen?*

Antwort des Ministerpräsidenten:

Die Corona-Krise hat weltweit nicht nur einen enormen gesundheitlichen, sondern gleichzeitig einen sehr großen wirtschaftlichen und sozialen Schaden angerichtet.

Um die wirtschaftlichen Folgen der Covid-Krise einzudämmen und die Mitgliedstaaten in ihrem Wiederaufbau und in der Stärkung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Resilienz zu stärken, hat die Europäische Kommission ein umfangreiches Konjunkturprogramm erstellt, das auch die Aufbau- und Resilienzfähigkeit beinhaltet.

Um von den Mitteln der sogenannten „ARF“ Gebrauch machen zu können, wurden die Mitgliedstaaten verpflichtet, einen innovativen, auf den digitalen und ökologischen Wandel ausgerichteten Wiederaufbauplan zu erstellen.

⁵ <https://www.lesoir.be/424242/article/2022-02-15/relance-budget-ou-energie-le-gouvernement-wallon-patauge>

⁶ <https://europa.eu/webtools/rest/charts/export/html/>

Belgien hat fristgerecht am 30. April 2021 seinen Wiederaufbau- und Resilienzplan eingereicht.

Dieser Plan wurde während Monaten in unzähligen Arbeitssitzungen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von allen Regierungen unseres Landes ausgearbeitet. Er soll allen Gliedstaaten und dem gesamten Land dabei helfen, ihre Politik auf eine klimaneutrale, digitale und inklusive Zukunft auszurichten.

Der belgische Wiederaufbau- und Resilienzplan umfasst insgesamt 85 Investitionsprojekte und 36 Reformprojekte mit einem Gesamtvolumen von fast 6 Milliarden EUR.

Als DG haben wir uns von Beginn an sehr intensiv an der Ausarbeitung dieses integrierten belgischen Plans beteiligt. Wir haben von Anfang in allen hierfür geschaffenen Gremien mehr getan, als man angesichts unserer Größe hätte erwarten können.

Wir haben uns überproportional eingebracht und besonders angestrengt, weil uns von Anfang bewusst war, dass es bei diesem Plan einerseits um grundlegende langfristige inhaltliche Orientierungen und andererseits um sehr viel Geld gehen würde.

Die Rückmeldungen unserer innerbelgischen Partner aus den Gremien und Arbeitsgruppen belegen: Durch ihre Beteiligung am belgischen Wiederaufbauplan hat sich die Deutschsprachige Gemeinschaft als zuverlässiger und gleichberechtigter Teilstaat erwiesen, der gewillt, bereit und in der Lage ist, sich aktiv am zukunftsorientierten Wiederaufbau Belgiens zu beteiligen.

Im Rahmen der zahlreichen innerbelgischen Konzertierungsmomente und Verhandlungen hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Position immer gut verteidigen können.

Die Reform- und Investitionsprojekte, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in den Plan eingebracht wurden, tragen zum ökologischen und digitalen Wandel bei und haben einen positiven Impakt auf die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Inklusion.

Wir investieren die Mittel, die wir über den belgischen Verteilerschlüssel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität erhalten, bekanntlich in vier Reform- und Investitionsprojekte, die zur Energieeffizienz beitragen und den digitalen Übergang stärken.

Sie werden sehr konkrete positive Auswirkungen auf ein nachhaltiges, zukunftsorientiertes und lebenswertes Ostbelgien.

Als Grundlage für die Auswahl unserer Projekte dienten das Regionale Entwicklungskonzept „Ostbelgien leben 2025“ (REK III), und unsere Regierungserklärung von September 2020, in der wir erste Lehren aus der Coronakrise gezogen haben.

Die Projekte, die wir ausgewählt haben, entsprechen in ihrer Umsetzbarkeit und in ihrer inhaltlichen Ausrichtung den Bewertungskriterien der Kommission.

Über den innerbelgischen Verteilerschlüssel stehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft 50 Millionen EUR aus dem Belgien zugewiesenen Finanzrahmen zu.

Dieser Verteilerschlüssel, den wir in den innerbelgischen Verhandlungen haben aushandeln können, ist für uns günstig. Mit 50 Millionen EUR sind wir gut und angemessen berücksichtigt worden. Das ist objektiv so. Das wird niemand bestreiten. Und wir haben kein Interesse daran, die Hintergründe hierfür besonders zu kommentieren.

Deshalb gehe ich heute auch nicht auf die innerbelgischen Verhandlungsmechanismen ein.

Ich bitte Sie also um Verständnis, Frau Creutz, dass ich Ihre 2. Frage nach unserer Position in der Diskussion über eine mögliche Abänderung des Verteilerschlüssels heute aus gutem Grund und im Interesse unserer Gemeinschaft nur vage beantworten werde.

Diese 50 Millionen Euro wurden folgendermaßen auf die Projekte verteilt:

- 1) Erweitertes Energiesubventionsprogramm (Energieprämien): 5 Millionen EUR
- 2) Renovierung von Sozialwohnungen: 20 Millionen EUR
- 3) Ausbaus eines flächendeckenden Glasfasernetzwerks: 19,5 Millionen EUR
- 4) Digitalisierung im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft: 5,5 Millionen EUR

Diese Zukunftsprojekte wurden von langer Hand vorbereitet. Sie sind für die Zukunft unserer Gemeinschaft von grosser Bedeutung. Deshalb wollen wir auf jeden Fall daran festhalten. Wir wollen diese Projekte auf jeden Fall verwirklichen. Ja, wir sind schon dabei, sie zu verwirklichen - und kommen dabei trotz Krisen gut voran. Wir wollen also, um Ihre 6. Frage unmissverständlich zu beantworten, Frau Creutz, kein einziges dieser Projekt verschieben oder gar streichen.

Am 23. Juni 2021 hat die Europäische Kommission den belgischen Wiederaufbauplan genehmigt. Der Plan wurde vom Rat der Europäischen Union am 13. Juli 2021 angenommen. Die Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität erfordert, dass mindestens 37% der Gesamtzuweisung der Wiederaufbaupläne für klimabezogene Ausgaben genutzt werden müssen.

Der Beitrag des belgischen Plans zum grünen Wandel beläuft sich auf 50 % und übersteigt damit um 13% den geforderten Mindestwert.

Die Verordnung erfordert weiter, dass mindestens 20% der Gesamtzuweisung der Wiederaufbaupläne für Ausgaben zur Förderung der Digitalisierung genutzt werden müssen.

Der Beitrag des belgischen Plans zum digitalen Wandel beläuft sich auf 27 % und übersteigt damit um 7% den geforderten Mindestwert.

Die Projekte der DG übersteigen ebenfalls sehr deutlich die geforderten Mindestwerte.

Der belgische Wiederaufbauplan hat also die Kommission und den Rat überzeugen können. Die mit dem COVID-19-Virus verbundene Gesundheitskrise hat zu einer globalen wirtschaftlichen Rezession geführt.

Die belgische Wirtschaft wurde durch die Coronakrise stark in Mitleidenschaft gezogen.

Nach Schätzungen der belgischen Nationalbank aus dem Jahre 2020

hätte die Krise zu einem Rückgang des belgischen Brutto-Inlandsprodukts um 6,2% führen können.

Eine Folge dieser Rezession ist der Verlust von Arbeitsplätzen und die Verstärkung der zunehmenden Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen aufgrund des Bildungsniveaus und des Alters.

Die zwingenden Maßnahmen, die die verschiedenen Regierungen des Landes ergreifen mussten, um die negativen Folgen der Krise in unterschiedlichen Bereichen abzufedern, haben sich entsprechend auch auf die öffentlichen Finanzen ausgewirkt.

Die belgische öffentliche Investitionsquote lag 2019 bei rund 2,6% des Brutto-Inlandsprodukts und fällt im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Union negativ auf. Belgien liegt in der Europäischen Rangliste, die den Anteil der öffentlichen Investitionen am Brutto-Inlandsprodukt untersucht, auf den untersten Plätzen.

Unser Land hat im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ein öffentliches Investitionsdefizit von rund 70 Milliarden EUR angehäuft.

Die Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität stellt daher für Belgien die Gelegenheit dar, eine strukturelle Verzögerung der öffentlichen Investitionen auszugleichen.

Im August 2020 hat die Kommission angekündigt, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität den Mitgliedstaaten Mittel in Höhe von 338 Milliarden Euro an Direktzuwendungen zur Verfügung stellt.

Die an die Wiederaufbaupläne der Mitgliedstaaten gekoppelten Zuwendungen werden in zwei Tranchen berechnet.

70 % dieses maximalen finanziellen Betrags werden auf der Grundlage der Bevölkerung, des umgekehrten BIP pro Kopf und der relativen Arbeitslosenquote jedes Mitgliedstaats berechnet.

30 % dieses maximalen finanziellen Betrags werden auf der Grundlage der Bevölkerung, des umgekehrten BIP pro Kopf sowie zu gleichen Teilen der Veränderung des realen BIP im Jahr 2020 und der kumulierten Veränderung des realen BIP im Zeitraum 2020–2021 berechnet werden.

Die makroökonomische Projektion der Europäischen Kommission in der Herbstprognose 2020 schätzte die Entwicklung des Brutto-Inlandsproduktes Belgiens für 2020 auf minus 8,4%.

Für 2021 wurde eine Erholung der Wirtschaft durch eine Wiederankurbelung nach der Krise vorgerechnet und eine Steigerung des Brutto-Inlandsproduktes auf 4,1% prognostiziert.

Diese Zahlen der Herbstprognose 2020 wurden von der Europäischen Kommission als Grundlage für die Berechnung der Mittelzuweisungen aus dem RRF für Belgien genutzt.

Auf Grundlage der makroökonomischen Projektion berechnete die Europäische Kommission einen Finanzrahmen von 5,925 Milliarden Euro.

Diese von der Europäischen Kommission mitgeteilte Summe von 5,925 Milliarden Euro bildete den finanziellen Rahmen, in dem der belgische Wiederaufbauplan konzipiert wurde.

Diese Summe bildete logischerweise auch die Grundlage für die innerbelgische Mittelverteilung, die durch einen konzertierten Verteilerschlüssel zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und Regionen durchgeführt wurde.

Allerdings hat sich die belgische Wirtschaft deutlich besser erholt als erwartet. Bereits in der makroökonomischen Frühlingsprognose 2021 der Kommission wurden die wirtschaftlichen Parameter nach oben korrigiert. Die Zahlen der letzten makroökonomischen Prognosen berechnen einen Rückgang des belgischen Brutto-Inlandsproduktes des Jahres 2020 von „nur noch“ 5,7% -im Vergleich zu 8,4% in der Herbstprognose 2020 und eine Steigerung der Wirtschaftsleistung für 2021 auf 6,1% - im Vergleich zu 4,1% in der Herbstprognose 2020.

Die Tatsache, dass sich die belgische Wirtschaft nach der Krise so gut erholt hat, wird nun gewissermaßen zu einem Problem.

Laut den letzten Berechnungen der makroökonomischen Prognosen der Europäischen Kommission könnte Belgien tatsächlich etwas mehr als 1,4 Milliarden Euro weniger erhalten als erwartet.

Die für Berechnung der definitiven Mittelzuweisung genutzten makroökonomischen Daten des Brutto-Inland-Produktes für die Jahre 2020 und 2021 werden allerdings erst im Juni dieses Jahres verfügbar sein.

Laut den Informationen, die uns zurzeit vorliegen wird die Europäische Kommission in den nächsten Wochen die Einzelheiten zu den Modalitäten der Überprüfung des Finanzrahmens in einer Guidance-note veröffentlichen.

Theoretisch werden die endgültigen Zahlen im Juni 2022 bekannt gegeben. Auf Grundlage dessen müssen dann die weiteren Entscheidungen getroffen werden. Solange wir die definitiven Zahlen nicht kennen und keine offizielle Kommunikation der Europäischen Kommission vorliegt, ist es schwierig verbindliche Aussagen zu treffen.

Wir müssen uns heute auf den worst case – auf das schlimmsten Szenario vorbereiten und damit rechnen, dass Belgien fast 1,5 Milliarden Euro weniger erhält, um den belgischen Wiederaufbauplan umzusetzen.

Bei gleichbleibendem Verteilerschlüssel würde das für die DG bedeuten, dass wir statt 50 Millionen EUR jetzt 37 Millionen Euro aus den Belgien zur Verfügung stehenden Mittel erhalten würden. Ob es aber in einem worst case Szenario bei diesem Verteilerschlüssel bleibt, ist derzeit noch offen. Frau Creutz hat je bereits den öffentlich vorgetragenen Wunsch meines Kollegen Di Rupo erwähnt, diesen Schlüssel zu verändern.

Staatssekretär Thomas Dermine wurde damit beauftragt die Erstellung des belgischen Wiederaufbauplans und seine Umsetzung zu koordinieren. Die föderale Koordinierung erfolgt sowohl auf politischer als auch auf administrativer Ebene.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist auf all diesen Ebenen anwesend, um ihre Position und ihre Projekte in den innerbelgischen Arbeitssitzungen und Diskussionen und im Austausch mit den Behörden der Europäischen Kommission vorzustellen und zu vertreten. In den nächsten Wochen werden Gespräche zwischen dem Föderalstaat und den Teilstaaten stattfinden.

Diese Gespräche werden dazu dienen eine gemeinsame Vorgehensweise angesichts der sehr wahrscheinlichen Neuberechnung des belgischen Finanzrahmens festzulegen.

Wie meine beiden in der Frage zitierten Kollegen, Elio Di Rupo und Pierre-Yves Jeholet, angemerkt haben, ist eine Solidarität zwischen allen Beteiligten sicherlich gefordert, um diese Kraftanstrengung im Rahmen des gemeinsamen Wiederaufbauplans zu begegnen.

Wir haben unsere Position und die Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer gut verteidigen können und werden dies auch weiter tun. Wir werden weiterhin unser Bestmögliches tun, um eine angemessene finanzielle Unterstützung für unsere Projekte zu erhalten.

In jedem Fall wollen wir all unsere eingereichten Projekte wie geplant verwirklichen, weil sie, wie ich eingangs dargelegt habe, wesentliche Bestandteile unserer Zukunftsstrategie sind und weil sie uns dabei helfen werden, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Wir werden Ihnen schon in wenigen Wochen eine angepasste Haushaltsplanung unterbreiten, in dem wir dem worst case Szenario Rechnung tragen.

Wir werden also vorsorglich die geschätzten Einnahmen aus dem Wiederaufbaufonds um 13 Millionen von 50 Millionen auf 37 Millionen kürzen.

Ob es am Ende wirklich zu dieser Kürzung kommt, steht noch nicht fest.

Aber wir sollten uns in dieser Frage so verhalten, wie wir es in der Finanzpolitik unserer Gemeinschaft immer tun. Wir sollten uns wie ein guter Familienvater verhalten und vorsichtig planen.

Frau Interpellantin Creutz, Sie werden festgestellt haben, dass ich auf jede Ihrer 6 Fragen eingegangen bin. Sie werden aber auch festgestellt haben, dass ich an der ein oder anderen Stelle etwas vage geblieben bin. Das gebe ich offen zu. Aber Sie dürfen mir glauben,

dass ich das bewusst, aus gutem Grund und im Interesse unserer Gemeinschaft getan habe.